



Abonnementpreis: Für die Schweiz: jährlich Fr. 7.50, halbjährlich Fr. 3.85; freispesfreie Einzahlung auf Postch.-Konto VII/1085.

Obwaldner Volksfreund.

Insertionspreis: Für Obwalden die einseitige Petitzeile 12 Cts., für auswärtige 17 Cts., Wiederholungen Rabatt.

Bestgelesenstes Blatt in Obwalden.

Druck und Expedition: Louis Hell, Sarnen. — Telefon Nr. 32.

Neunundvierzigster Jahrgang

Nr. 87

Sarnen, Mittwoch 5. November 1919

* * Der große Wahltag

vom 26. Oktober ist nunmehr in seinem vollständigen Ergebnis endgültig festgestellt. Es hat lange Zeit gebraucht, bis im Kanton Bern genau ermittelt war, welches die Männer seien, denen die Ehre zu Teil werde, den größten Kanton der Schweiz im Räte der Eidgenossen zu vertreten. Es handelte sich dort eben um nicht weniger als 32 Nationalratsitze und um eine große Zahl von Wahlstimmen. Die schließliche Feststellung des bernischen Wahlergebnisses brachte uns eine bemühende Enttäuschung. Es ist im Jura von der Liste der Katholiken einzig Herr Regierungsratshalter Choquard in Pruntrut, der schon während einer langen Reihe von Jahren im Nationalrat sitzt, als gewählt erklärt worden. Wir hätten es nicht für möglich gehalten, daß die Katholiken im Kanton Bern sich mit einem einzigen Nationalratsitz begnügen müßten. Sehr gut abgeschnitten hat die Bauern- und Bürgerpartei, die es im Kanton Bern sogar auf 16 Mandate brachte. Die alte „radikale“ oder „freisinnige“ Partei war unter dieser Bezeichnung während der Wahlperiode von der Bildfläche verschwunden. Sie gab sich den Namen „Fortschrittspartei“ und muß nun mit bloß drei Mandaten sich zufrieden stellen und dazu noch den Schmerz erleben, daß sich unter den auf der Strecke gebliebenen Wahlkandidaten einer ihrer früher einflussreichsten Männer befindet. Es ist dies Herr Hirter, Handelsmann in Bern und Präsident des Verwaltungsrates der schweizerischen Nationalbank, der jeweils namentlich in wirtschaftlichen und finanzpolitischen Fragen ein gewichtiges Wort mitsprach. Unter den Sozialdemokraten, welche aus der Wahlurne hervorgegangen sind, vermißt man auffallender Weise den Redaktor Grimm. Derselbe gehört nicht nur zu den rückichtslosesten und schärfsten, sondern auch zu den geistig bedeutendsten sozialistischen Führern. Es wird wohl dafür sorgfältig gesorgt werden, daß ihm ein anderer „Genosse“ Platz machen muß und daß dem schneidigen und allzeit schlagfertigen Chef der sozialdemokratischen Gruppe der Wiedereintritt in den Nationalrat ermöglicht wird.

Die Nationalräte verteilen sich nun folgendermaßen auf die verschiedenen Parteien: Radikal-Demokraten 60, Katholisch-Konservative 41, Sozialdemokraten 41, Bauern- und Bürgerpartei 29, Liberal-Konservative 9, Sozialpolitische Gruppe 6, Wilde 3. Bei den 41 konservativen Katholiken ist der sechste aus dem Kanton Freiburg, der noch nicht gewählt ist, aber, wie wir zuversichtlich hoffen, sicher gewählt wird, schon mitgezählt. Nur wenige Stimmen hat es gesehlt, sonst wäre in Graubünden in der Person von Dr. Tuor, Rektor der Universität Freiburg, ein dritter konservativer Katholik gewählt worden. Bei den 60 Freisinnigen sind auch die welschen Radikalen eingerechnet, welche nach dem offiziellen Verzeichnis der Parlamentsmitglieder nicht mehr zur radikal-demokratischen Gruppe gehören wollten und deshalb in jenem Verzeichnis auch besonders aufgeführt wurden. Nach jener Liste waren dies 18 Herren und von den nunmehr ge-

wählten Nationalräten würden 15 Namen in Frage kommen. Im abtretenden Nationalrat zählte die radikale Gruppe 102, oder nach Abzug der Welschen noch 84 Mann. Aus dem Wahlergebnisse vom 26. Oktober treten drei charakteristische oder besonders beachtenswerte Punkte hervor. Es sind dies: die schwere Einbuße, welche die bisher tonangebende freisinnige Partei erlitten hat, die verhältnismäßig große Zahl von Mandaten, welche den Bauern- und Bürgerpartei zuzufallen sind und die Tatsache, daß die Sozialdemokraten es nur auf einen starken Fünftel von den Nationalratsitzen gebracht haben. Sollten die welschen Radikalen auch fernerhin von der radikal-demokratischen Gruppe des Nationalrates fernbleiben, so würde dieselbe nur noch über 45 Mandate verfügen und nur vier Mann mehr zählen als die katholisch-konservative und die sozialdemokratische Fraktion. Wir glauben allerdings, es werde zu einer Verständigung zwischen den Radikalen der deutschen und denjenigen der welschen Schweiz kommen. Es wird dies aber nur dann möglich sein, wenn die deutsch-schweizerischen Radikalen dem föderalistischen Standpunkte der Welschen gewisse Konzessionen machen. Die radikale Parteileitung muß Alles aufbieten, um eine Verständigung mit ihren welschen Parteigenossen herbeizuführen. Es handelt sich dabei für sie um eine schwerwiegende Machfrage, aber beinahe auch um eine Lebensfrage.

Was für eine Stellung werden die 29 Vertreter der Bauern- und Bürgerpartei einnehmen? Darüber herrscht hinsichtlich der eigentlich politischen Fragen noch keineswegs eine völlige Klarheit. Die Tatsache steht aber fest, daß diese Abgeordneten im Zeichen des Kampfes gegen die Sozialdemokratie gewählt wurden und daß sie ins Parlament einrücken mit dem fest umschriebenen Programm, den Sozialisten Schach zu bieten. Schon dadurch wird bedingt, daß sie ihre Stellung nicht links, sondern rechts beziehen werden. Wir finden Namen von radikaler, aber auch solche von konservativer Färbung unter den Vertretern der Bürger- und der Bauernpartei. Aber schon der Umstand, daß diese Männer bürgerliche und bäuerliche Anschauungen und Interessen zu vertreten haben, weist sie auf eine Stellungnahme hin, der wir an unsern Orte sympathisch gegenüberstehen können. Die Sozialdemokraten sind nicht auf ihre Rechnung gekommen. Das ist nun einmal eine Tatsache, die sie nach den Berechnungen, welche sie vor den Wahlen aufstellten, nicht einmal selbst bestreiten können. Sie sind eine relativ starke Gruppe, aber daß sie im Nationalrat irgendwie den Ton angeben können, davon ist gar keine Rede. Es wäre denn, daß es den bürgerlichen Parteien an Zusammenhalt oder an Rückgrat fehlen würde, was wir nicht bezweifeln wollen. Das katholische Schweizervolk hat sich auch bei den Nationalratswahlen als der feste Damm bewährt, an welchem die Sturmflut des Sozialismus sich bricht. Wir stehen vor einer wesentlich veränderten politischen Lage. Man darf darauf gespannt sein, wie sich die Gestaltung einer Mehrheit im neuen Nationalrat voll-

ziehen wird. Der Schweizerischen konservativen Volkspartei und der katholisch-konservativen Fraktion der Bundesversammlung fällt eine ganz bedeutungsvolle Aufgabe zu. Sie werden sich derselben als gewachsen erweisen. Es hängt dies aber von drei Voraussetzungen ab. Es bedarf einer umsichtigen und tatkräftigen Leitung. Der innere Zusammenschluß muß ein fest gefügter bleiben. Er darf keine Lockerung erfahren. Mit einer unverbrüchlichen Treue muß man an den bewährten, angestammten Grundsätzen und Ueberlieferungen festhalten, dieselben jedoch in zweck- und zeitgemäßer Weise auf die modernen Verhältnisse anwenden. Das ist zweifellos auch der entschiedene Wille des katholischen Schweizervolkes, welches am 26. Oktober so stramm und so pflichtbewußt zur Wahlurne geschritten ist.

Schweiz.

Boranschlag der Bundesbahnen für 1920. Der Bundesrat hat die Botschaft und den Bundesbeschluss über den Boranschlag der S. B. B. für das Jahr 1920 genehmigt.

In seiner Botschaft zum Budget, das mit einem Defizit von Fr. 47,216,370 abschließt, bemerkt der Bundesrat, daß die vermehrten Einnahmen aus dem wiederwachsenden inländischen Reiseverkehr und aus den Gütertransporten wieder aufgehoben werden durch die fortwährend anschwellenden Betriebskosten und die zunehmenden Zinslasten. Der Bauvoranschlag mit einer Gesamtsumme von Fr. 85,266,140 weist gegenüber dem Vorjahre neuerdings eine bedeutende Mehrforderung auf. Einzig für die Einführung der elektrischen Zugförderung ist eine Ausgabe von rund 51,3 Millionen gegen 30,3 Millionen im Vorjahre vorgesehen. Die Betriebseinnahmen sind immer noch mit 328,7 Millionen um 67 Millionen höher angelegt, als im Boranschlag pro 1919 und die Betriebsausgaben übersteigen den Boranschlag von 1919 um 33,9 Millionen und die Rechnung von 1918 sogar um 70,7 Millionen.

Kantone.

Zürich, Katholikentag. Am nächsten Sonntag wird in Zürich der 24. zürcherische Katholikentag abgehalten werden.

Uri, Der Landrat von Uri entsprach u. a. einem Gesuch des ernerischen Lehrervereins um Gewährung von Nachsteuerungszulagen pro 1919 von 300 Fr. an Ledige und 500 Fr. an Verheiratete nebst 50 Fr. Zulage pro Kind. Ebenso wurde die Ausrichtung von Zulagen an die Geislichkeit beschlossen.

Nidwalden, Der alte Schützturm. Im „Nidwaldner Volksblatt“ wird darauf hingewiesen, daß der alte Schützturm — ein stummer Zeuge aus alter Heldenzeit — immer mehr zur Ruine wird. Ungefähr ist er Wind und Wetter ausgesetzt. Ein durch Holzbalken gestützter Zementboden,

Feuilleton.

Eindrücke einer Engländerin, Miss Helen Maria Williams, auf ihrer Schweizerreise von 1794.
(Von Dr. P. Emmanuel Scherer, O. S. B.)
(Fortsetzung.)

(Urschweizerische Demokratie.)
Nachdem in dieser kurzen Skizze dargelegt wurde, wie die demokratischen Kantone ihre Untertanen regieren, ist es wohl am Platze, in einigen Worten die Art, wie sie sich selbst regieren, zu schildern.
Die Regierungsform der Kantone Uri, Schwyz und Unterwalden gilt als demokratisch. Diese Staaten waren einst gleich andern Teilen der Schweiz vom Reiche abhängig. Sei es nun, daß man infolge ihrer Lage es nicht der Mühe wert hielt, sie zu erobern, oder daß sie miteinander in jene Politik, die die Kaiser veranlaßte, verschiedenen Städten und Gemeinwesen besondere Freiheiten zu gewähren, die Einwohner dieser wilden Gegenden erfreuten sich des Vorrechtes, ihre eigenen Behörden zu wählen und nach ihren eigenen Gesetzen regiert zu werden. Diese Freiheit wurde allerdings zuweilen

durch die Anwesenheit eines kaiserlichen Vogtes eingeschränkt, der unter ihnen residierte, als höchster Richter in Kriminalfällen amtete und noch andere kaiserliche Vorrechte besaß. Infolge der Nachlässigkeit dieser Vögte blieben die Kantone oft ihrer eigenen Regierung überlassen. In einer solchen Pause verbanden sie sich zu Anfang des 12. Jahrhunderts, um ihre Rechte gegen die Uebergriffe der berühmten Abtei von Einsiedeln zu verteidigen. Umsonst eilte die weltliche Macht der kirchlichen zu Hilfe. Weber die Reichsacht noch die Exkommunikation von Seite der Kirche vermochte die furchtlosen Gemüter dieser Bergbewohner zu erschüttern; ihr Widerstand gegen Mönche, Kaiser und Kirche wurden nach einem Kampfe von dreißig oder vierzig Jahren von Erfolg gekrönt.
Als der Tod Friedrichs II. in der Mitte des 13. Jahrhunderts das Reich in langdauernde Wirnisse stürzte, wählten die Bewohner der Urkantone, anstatt die Verwirrung zu ihrem Vorteile auszunützen, den Grafen Rudolf von Habsburg zu ihrem Anführer, Verteidiger und Vogt. Es scheint, daß dieser Graf den Kantonen wichtige Dienste leistete, und als er zum Purpur berufen wurde, bestätigte oder verlieh er ihnen verschiedene Freiheiten. Aber während der Regierung seines ehrgeizigen Sohnes erlangten

sie ihre Unabhängigkeit wieder. Der neue Kaiser versuchte verschiedene Mittel, um die Bewohner der drei Urkantone zur Aufgabe ihrer Vorrechte zu bewegen und ihre Ruhe um den Preis des Gehorsams zu erkaufen. Mannigfaltig waren die Gewalttätigkeiten, die sie von den prokonsularischen Tyrannen, die den Namen von Landvögten führten, zu erdulden hätten. Diese wurden ihnen gesandt mit ebenso wenig Umständen und denselben Rechten, wie ihre eigenen Beamten der gleichen Art heute abgeordnet werden, um die Angelegenheiten ihrer Liventaleruntergebenen abzuwickeln. Endlich taten sich die drei Helden „Stauffach, Fürst und Arnold“ zu einer neuen Verschwörung zusammen gegen den Tyrannen und befreiten am ersten Tage des Jahres 1307 ihr Land, indem sie alle kaiserlichen Vögte ergriffen und aus ihrem Gebiete verjagten. Doch gewannen sie ihre Freiheit nicht ohne Kampf.
Bei der Erlangung der Unabhängigkeit wählte jeder Kanton seine eigene Regierungsform und die drei Kantone, die sich zuerst vom Joch frei machten, entschieden sich für jene, bei der die höchste Gewalt im Volke selbst liegt. Jeder, der das vierzehnte Lebensjahr erreicht hat, ist Mitglied der Landsgemeinde, die jedes Jahr am ersten Mai zu einer Generalversammlung der Nation zusammenkommt, um Gesetze zu machen und Behörden zu wählen.